

PRESSEMITTEILUNG

Bündnis 90 / Die Grünen

Nichts hören. Nichts sagen. Nichts sehen.

Coswiger Stadtrat verschließt die Augen vor Rechtsextremisten

Am Donnerstag, den 09.12.2010, fand im Coswiger Rathaus die 9. Stadtratssitzung der Stadt Coswig (Anhalt) statt. Eine Coswiger Bürgerin, die den Umgang der Stadt mit der NPD-Kundgebung am 23.10.2010 befremdlich fand, stellte dem Stadtrat im Tagesordnungspunkt 8 "Einwohnerfragestunde" die Frage nach seiner Zivilcourage, denn er hat ja eine Vorbildfunktion. Weiterhin fragte sie nach besseren Handlungsstrategien im Umgang mit NPD-Aufmärschen.

Der Stadtratsvorsitzende Herr Hatton tat, was er postalisch, auf Nachfrage der Bürgerin, vorab bereits ankündigte: Er hat die Fragen, aufgrund von Nichtzuständigkeit der Stadt, nicht zugelassen sondern verwies auf die Möglichkeit, Stadträtinnen und Stadträte in der Pause zu dem Thema zu befragen.

Nach § 12 der Hauptsatzung der Stadt Coswig (Anhalt) sind nur Fragen zu städtischen Angelegenheit bei Zuständigkeit zulässig. Soweit richtig. "Aber der Stadtrat hat auch eine politische Verantwortung. Der Bürgerin wurde die Möglichkeit auf demokratische Einflussnahme genommen, obwohl die politische Zuständigkeit bei der Stadt liegt.", so Stefan Krabbes, von Bündnis 90/Die Grünen. Und weiter: "Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten sind elementare Bestandteile unserer Demokratie. Der Coswiger Stadtrat hat sich damit ins unaufgeklärte Abseits begeben. Ich fordere Frau Bürgermeisterin Doris Berlin und Herrn Stadtratsvorsitzenden Hatton auf, sich bei der Bürgerin in einem Schreiben zu erklären."

In einem Pausengespräch äußerten sich die Fraktionsvorsitzenden von CDU und DIE LINKE auf die Frage, ob der Stadtrat zukünftig, auch im Hinblick auf die Kandidatur von NPD-Kandidat Matthias Heyder im Wahlkreis 27, bereit ist, eine Strategie gegen Nazis zu erarbeiten, dahingehend, dass man mit dem Nichtstun gegen die NPD-Kundgebung alles richtig gemacht habe. Ein Mitglied der FDP-Fraktion war sogar der Meinung, dass, wenn man die NPD nicht verbietet, man sie einfach machen lassen solle.

Cornelia Lüddemann, Direktkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen für den Wahlkreis 27, ist mit dem Sachverhalt ebenfalls vertraut und zeigt sich entrüstet: "Demokratische Parteien müssen jeden Tag aufs Neue die Demokratie gegen braunen Ungeist verteidigen. Wegschauen ist nicht zielführend zur Verteidigung der Demokratie, das haben nicht zuletzt die Gegen-Demonstrationen zu Nazi-Aufmärschen in Leipzig, Dessau und Hohenmölsen bewiesen. Wir bieten der Stadt Coswig an, in einen gemeinsamen Dialog zu treten, um bessere Handlungsstrategien gegen Rechts zu erarbeiten."

Für Rückfragen steht Stefan Krabbes unter 0176 – 323 54 267 zur Verfügung.